(MA 1 – 354/2002.)

Entschließung des Bürgermeisters,

mit der die Entschließung betreffend die Übertragung der Zuständigkeit zur Aufnahme und zur Zuweisung bestimmter Gruppen von Bediensteten geändert wird.

Aufgrund der §§ 69, 71 und 91 der Wiener Stadtverfassung, LGBl für Wien Nr 28/1968, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl für Wien Nr 18/2002, wird verordnet:

Artikel I

Die Entschließung des Bürgermeisters betreffend die Übertragung der Zuständigkeit zur Aufnahme und zur Zuweisung bestimmter Gruppen von Bediensteten, Amtsblatt der Stadt Wien Nr 39/1996, zuletzt geändert durch die Entschließung des Bürgermeisters, Amtsblatt der Stadt Wien Nr 18/2002, wird wie folgt geändert:

In § 3 wird vor dem Begriff „Magistratsabteilung 20" folgende Wortgruppe angefügt:

„Magistratsabteilung 13: Aushilfsbedienstete des Büchereifachdienstes,"

Artikel II

Artikel I tritt mit 1. November 2002 in Kraft.

Der Bürgermeister:
Dr Michael Häupl

GROSSTISCHLEREI
FRANZ ZEHETNER
Gesellschaft m.b.H.
ostarrichi FENSTER
Werk und Zentrale:
3363 Ulmerfeld-Hausmening
Bahnhofstraße 47
Tel. 0 74 75/522 51-0, Fax: DW 51
http://www.ostarrichifenster-zehetner.at
Büro Wien:
1160 Wien
Liebhartsgasse 6 / Tür 11–12
Tel. 01/985 71 85, Fax: DW 16

(MA 22 – 7833/2002.)

Verhandlungsverfahren mit öffentlicher Bekanntgabe

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22) beabsichtigt folgende Publikationen zu produzieren:

1. Eine Broschüre (120 bis 140 Seiten + 4 Seiten Umschlag), in der der ÖkoBusinessPlan Wien und jene neuen Betriebe präsentiert werden, die im Jahr 2002 am ÖkoBusinessPlan Wien teilgenommen haben.

2. Eine Broschüre (72 bis 82 Seiten + 4 Seiten Umschlag), in der die Wiener Umweltzeichen Tourismusbetriebe vorgestellt werden.

Aufgaben sind Konzeption und Beratung, Layout nach den Corporate Design Kriterien der Stadt Wien, Layout- und Inhaltsabstimmung mit dem Auftraggeber, Einholen, Scannen bzw Bearbeitung der Bildvorlagen und Grafiken, Farbausdrucke bzw Chromalins zur Endkorrektur, Aufbereitung der Daten auf Datenträger nach den Spezifikationen der Druckerei, Drucküberwachung. Erfüllungsort: Wien. Leistungsfrist: Bis Ende Februar 2003.

Zu erbringende Nachweise:

1. **Zum Nachweis der Befugnis:** Firmenprofil mit Nachweis der Rechtsform des Unternehmers und Nachweis über die Befugnis bzw Berechtigung zur Ausübung des Gewerbes (Werbeagentur).
2. **Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit:** Liste der Mitarbeiter im Anstellungsverhältnis und Informationen zu deren Aufgabenbereichen und deren Ausbildung zum Nachweis, dass genügend Ressourcen zur Durchführung des Auftrages vorhanden sind. Bekanntgabe eventueller Subunternehmer für Teilbereiche.
3. **Zum Nachweis der Eignung:** Einschlägige Referenzliste wobei sich mindestens eine Referenz auf Publikationen im Umweltbereich beziehen soll. Beilage entsprechender Ansichtsexemplare jener Produkte, die auf der Referenzliste genannt sind.

Das Interesse zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren ist unter Beilage aller geforderten Nachweise bis zum 19. Dezember 2002 in der MA 22 – Umweltschutz schriftlich, mit Telefax oder mit e-Mail an die unten angegebene Adresse vollständig einzubringen.

Die Anzahl der Bewerber mit denen verhandelt wird, wird auf drei beschränkt. Als Auswahlkriterien für die Aufnahme in das weitere Verhandlungsverfahren gelten die Inhalte und die Qualität der dem Teilnahmeantrag beigelegten geforderten Nachweise.

Den für das Verhandlungsverfahren ausgewählten Teilnehmern werden die ausführlichen Briefingunterlagen ab 23. Dezember 2002 zugesandt. Darüber hinausgehende Informationen sind in der MA 22 – Umweltschutz bei Wolfgang Gatschnegg, Telefon (01) 40 00-883 03 oder (0664) 345 39 96, e-Mail: gat@m22.magwien.gv.at, erhältlich.

Die Angebote sind dann bis zum 8. Jänner 2003 in der MA 22 – Umweltschutz mit rechtsgültiger Unterschrift abzugeben. Die Zuschlagentscheidung wird dann voraussichtlich in der Woche 2 bzw 3/2003 getroffen.

(BLI-426/02.)

Verhandlungsverfahren mit öffentlicher Bekanntgabe

Auftraggeber: Magistrat der Stadt Wien – Bereichsleitung für Integrationsangelegenheiten, 1082 Wien, Ebendorferstraße 1.

Beschreibung der Leistung: Die Bereichsleitung für Integrationsangelegenheiten beabsichtigt zur verbesserten Nutzung der Vielfalt der Stadt die Dienstleistungsangebote der Verwaltung im Sinne von „Diversity Management" weiter zu entwickeln.

Ziel dabei ist ein verändertes Selbstverständnis der Stadt in Bezug auf ihre demografische, ethnische und kulturelle Zusammensetzung. Die bestehenden Angebote und Einrichtungen der Stadtverwaltung sind dabei in ein strategisches Konzept der Vielfalt zu integrieren. Verschiedene Blickwinkel sollen dabei behandelt und präsentiert, sowie VertreterInnen von diversen Verwaltungseinheiten zur Mitarbeit eingeladen werden.

Zur Bewältigung der gegenständlichen Aufgabenstellung beabsichtigt die Bereichsleitung für Integrationsangelegenheiten einen entsprechenden Auftrag an ein externes Unternehmen zu vergeben. Dabei soll, neben einer Prozesssteuerung auf strategischer Ebene, ein operatives Umsetzungskonzept zur Etablierung von „Diversity Management" erarbeitet werden.

Internationale Erfahrungen und Trends im Migrationsbereich sind bei der Konzepterstellung zu berücksichtigen.

Leistungszeitraum: Jänner bis Juni 2003.

Termin: Die Teilnahmeanträge sind in deutscher Sprache abzufassen und bis zum 18. Dezember 2002, 11.00 Uhr, schriftlich, entweder persönlich in der Bereichsleitung für Integrationsangelegenheiten, 1082 Wien, Ebendorferstraße 1, Zimmer 337, Kanzlei, oder per e-Mail: brs@bli.magwien.gv.at oder per Fax (01) 40 00-99-814 31 einzubringen.

Auskünfte: Mag Hans-Jürgen Tempelmayr, Telefon (01) 40 00-814 34, Fax (01) 40 00-814 37 oder e-Mail: thj@bli.magwien.gv.at.

Unterlagen, welche dem Teilnahmeantrag beizuschließen sind:

- Vorschlag über Themenbereiche und Handlungsfelder sowie ein Zeitplan für das Gesamtkonzept und die einzelnen Implementierungsschritte.
- Referenzen über Erfahrungen/Studien im Integrations-, Migrationsbereich auf nationaler und internationaler Ebene.

Zum Nachweis der Befugnis, sowie der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind die Nachweise laut ÖNORM 2050 (Ausgabe 1. März 2000) im Besonderen die Punkte 4.6.1 (1), 4.6.2 (1), (2) und (4), 4.6.3 (1), (2) und (4), und 4.6.4 (2) dem Antrag beizulegen, bzw können Nachweise durch eine gültige Eintragung im ANKÖ ersetzt werden.

Auswahlkriterien:

Befugte, finanziell und wirtschaftlich leistungsfähige BewerberInnen werden aufgrund nachfolgender Kriterien gereiht: Vorschlag für Themenbereiche und Handlungsfelder inklusive Zeitpläne – 60 %; Referenzen über Erfahrungen/Studien im Integrations-, Migrationsbereich – 40 %.

Aus den termingerecht eingelangten Anträgen werden drei TeilnehmerInnen zu Verhandlungen eingeladen.